

Gefahrenzone Öffentlicher Dienst

Quelle: KOPP-exklusiv N.r 1372018

Von Stefan Schubert

Die Gewalttaten gegen Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes haben längst epidemische Ausmaße erreicht. Betroffene sprechen bereits von einem Angriff auf die gesamte gesellschaftliche Ordnung dieses Landes.

Egal, ob in Klassenzimmern, in Krankenhäusern, in Bussen und Bahnen oder gegenüber Ordnungskräften, Feuerwehrleuten, Rettungssanitätern und Polizisten: Beleidigungen und körperliche Angriffe gehören bei diesen Berufszweigen längst zum bitteren Alltag:



Eine Mitarbeiterin im Jobcenter Neuss wurde mit einem Messer erstochen, ein Mitarbeiter des Finanzamtes Rendsburg erschossen, ein Polizist in Herborn wurde ebenfalls erstochen, und in Gelnhausen wurde einem Gerichtsvollzieher bei einem Hausbesuch in den Kopf geschossen. Die Verrohung dieses Landes ist in einer so kurzen Zeitspanne eskaliert, dass ein Blick in die nahe Zukunft ein beklemmendes Gefühl auslöst..

Selbstverschuldeter Kontrollverlust

Nun existierten bereits vor den Grenzöffnungen durch die Merkel-Regierung Parallelwelten und Gewalt gegen Staatsbedienstete, doch durch die Masseneinwanderung aus muslimischen Kriegsgebieten erhält der staatliche Kontrollverlust eine bittere, selbst-

verschuldete Komponente. Die mehr als eine Million zählenden muslimischen Männer innerhalb des nicht enden wollenden Flüchtlingsstroms sprengen jeglichen statistischen Rahmen innerhalb der Kriminalstatistiken, wie in den vorherigen Ausgaben von *Kopp Exklusiv* belegt wurde. Und so ist es bezeichnend für die Zustände im Land, dass die Vertreter des Öffentlichen Dienstes nicht mehr nur um eine bessere Bezahlung kämpfen, sondern mit einer großen Medienkampagne »Mehr Schutz und Sicherheit« einfordern. Die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes (dbb jugend nrw) hat dafür die Website *angegriffen.info* ins Leben gerufen. Neben einem Kummerkasten werden dort praktische Tipps angeboten, wie man sich nach einem Angriff verhalten sollte: von der Dokumentation des Angriffs über das Stellen einer Unfallanzeige, der Ingangsetzung einer Rettungskette, über Forderungen an den Arbeitgeber, eine Strafanzeige zu erstatten, bis hin zu einem ausreichenden Schutz am Arbeitsplatz.

Wenn der Arbeitsplatz zum Tatort wird Zudem wird der Rat erteilt, sich rechtliche Unterstützung zu sichern und auch nicht davor zurückzuschrecken, sich bei Bedarf in psychologische Betreuung zu begeben. Denn die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes müssen an den Ort, wo sie Opfer einer Straftat wurden, eine Morddrohung

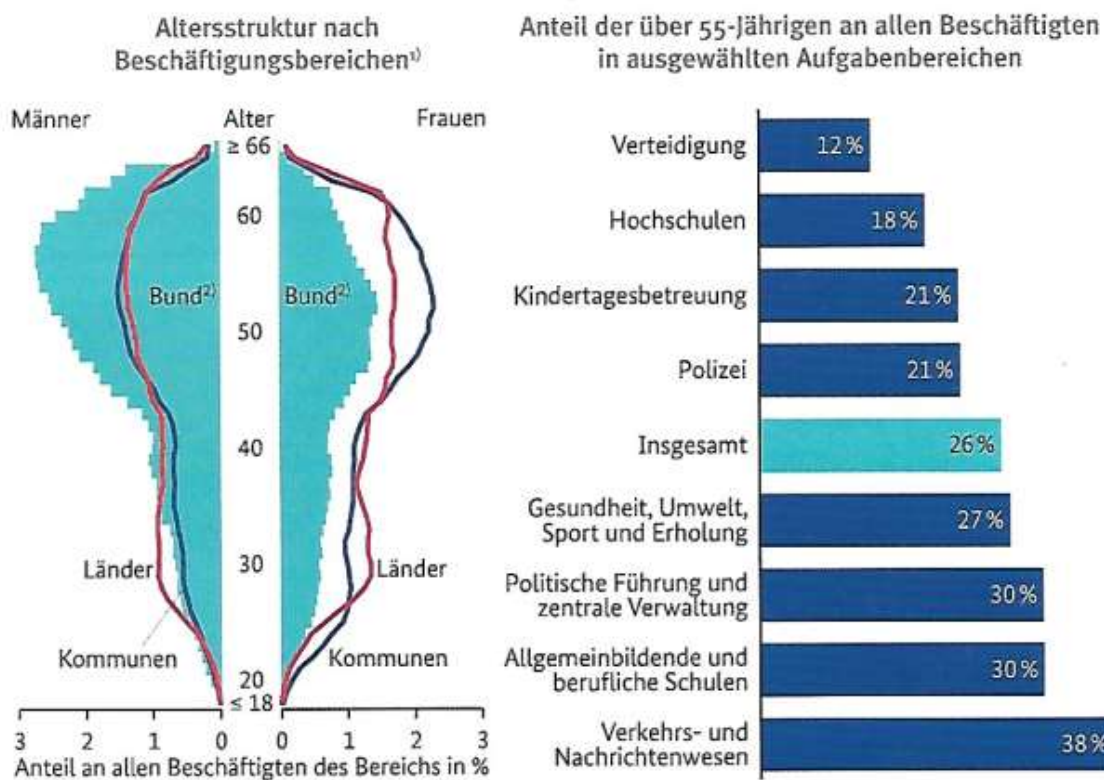
erhielten oder einen körperlichen Angriff erlitten, immer wieder zurückkehren, und zwar jeden Tag. Dieser Tatort ist nämlich meist ihr Arbeitsplatz.

Stellen Sie sich vor, Sie müssten jeden Tag aufstehen und in ihr Büro gehen, ohne zu wissen, wer heute durch Ihre Tür kommt. Ein Krimineller? Ein vorbestrafter Gewalttäter? Ein islamischer Gefährder? So ist es nicht verwunderlich, dass der Krankenstand im Öffentlichen Dienst seit Jahren hoch ist und die psychologischen Erkrankungen ständig zunehmen.

Ein Blick auf eine Homepage, auf der die Übergriffe dokumentiert werden, verdeutlicht das Ausmaß der Gewalt im Öffentlichen Dienst:

- Ingolstadt: 24-Jähriger randaliert in Asylbewerberunterkunft und attackiert Polizisten.
- Dingolfing: Junge Männer schlagen Polizisten auf Volksfest krankenhausreif.
- Wuppertal: Unbekannter prügelt Busfahrer aus Wut über falsche Haltestelle krankenhausreif.
- Erfurt: Betrunkener attackiert Rettungskräfte und Polizisten mit Tritten und Schlägen.
- Gifhorn: Randalierer attackieren Polizisten, brechen einem Beamten den Unterarm.
- Hamburg: Betrunkener tritt Bahnmitarbeiter gegen den Kopf.

Altersstruktur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst



1) ohne Personal in Ausbildung, 2) ohne Berufs- und Zeitsoldaten
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

Die Taten geschahen innerhalb weniger Tage und sind alle mit entsprechenden Links hinterlegt.

Kurze Fluchtwege für Beamte

Die Gewalt und die traumatischen Erlebnisse, welche bei einer Nichtbehandlung zu Depressionen und einer Posttraumatischen Belastungsstörung führen können, sind längst das alles dominierende Thema im Öffentlichen Dienst. Büros werden dort

Die Taten geschahen innerhalb weniger Tage und sind alle mit entsprechenden Links hinterlegt.